



Interpellation der GLP-Fraktion

betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum

(Vorlage Nr. 4029.1 - 18424)

Antwort des Regierungsrats
vom 7. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die GLP-Fraktion hat am 1. Dezember 2025 eine Interpellation betreffend Abhängigkeit der Spitäler und Betreuungseinrichtungen im Kanton Zug von Fachkräften und Produkten aus dem EU-Raum eingereicht (Vorlage Nr. 4029.1 - 18424). Der Kantonsrat hat den Vorstoss an der Sitzung vom 18. Dezember 2025 an den Regierungsrat überwiesen. Der Regierungsrat nimmt nach Rücksprache mit den in der Interpellation namentlich genannten Institutionen wie folgt Stellung:

Frage 1: Wie viele Mitarbeitende aus dem EU-Raum (festangestellt oder temporär) sind derzeit in den folgenden, vom Kanton verantworteten Institutionen tätig (Stichtag 31.12.2025):

a. Zuger Kantonsspital AG

192

b. Triaplus AG (Psychiatrische Klinik Zugersee, Ambulante Psychiatrie und Psychotherapie Zug, Kinder- und Jugendpsychiatrie Zug)

138

c. Klinik Meissenberg AG

68

Frage 2: Wie hat sich die Anzahl Mitarbeitende aus dem EU-Raum in diesen Institutionen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

a. Zuger Kantonsspital AG

	MA EU-Raum	MA Total	Anteil EU [%]
2025	192	1308	14.68
2024	207	1290	16.05
2023	193	1257	15.35
2022	184	1249	14.73
2021	188	1373	13.69
2020	150	1126	13.32
2019	148	1045	14.16
2018	154	1020	15.10
2017	169	1041	16.23
2016	163	1042	15.64
2015	146	998	14.63

b. Triaplus AG (Psychiatrische Klinik Zugersee, Ambulante Psychiatrie und Psychotherapie Zug, Kinder- und Jugendpsychiatrie Zug)

	MA EU-Raum	MA Total	Anteil EU [%]
2025	138	597	23.12
2024	118	576	20.49
2023	114	560	20.36
2022	109	530	20.57
2021	106	498	21.29
2020	106	490	21.63
2019	106	474	22.36
2018	109	481	22.66
2017	84	334	25.15
2016	73	316	23.10
2015	53	279	19.00

Hinweis: 2015 bis 2017 haben die Ambulante Psychiatrie und Psychotherapie Zug und die Kinder- und Jugendpsychiatrie Zug noch nicht dazu gehört.

c. Klinik Meissenberg AG

	MA EU-Raum	MA Total	Anteil EU [%]
2025	68	216	31.48
2024	69	204	33.82
2023	57	185	30.81
2022	55	176	31.25
2021	54	185	29.18
2020	53	177	29.94
2019	64	180	35.55

Hinweis: Aufgrund einer Systemumstellung sind nur die Daten der letzten 7 Jahre verfügbar

Frage 3: Wurde oder wird aktiv Personal im EU-Raum rekrutiert (sei es über Inserate/Jobbörsen im EU-Raum oder aktive Rekrutierungsmassnahmen)? Falls ja, welche konkreten Methoden und Kanäle werden dabei eingesetzt?

a. Zuger Kantonsspital AG

Das Zuger Kantonsspital rekrutiert über seine Webseite und mehrere Online-Jobplattformen in der Schweiz. Ausgewählte Stelleninserate werden auch auf Jobplattformen in den beiden deutschsprachigen Nachbarländern publiziert.

b. Triaplus AG (Psychiatrische Klinik Zugersee, Ambulante Psychiatrie und Psychotherapie Zug, Kinder- und Jugendpsychiatrie Zug)

Die Triaplus AG rekrutiert nur in der Schweiz.

c. Klinik Meissenberg AG

Die Klinik Meissenberg AG rekrutiert über die eigene Webseite und verschiedene Online-Jobplattformen und Fachzeitungen in der Schweiz. Zudem wird bei der Rekrutierung in letzter Zeit vermehrt auf LinkedIn gesetzt.

Frage 4: Wie schätzt der Regierungsrat die Abhängigkeit der erwähnten kantonalen Institutionen von Arbeitskräften aus dem EU-Raum ein?

Gemäss übereinstimmenden Aussagen der drei Institutionen sind sie in verschiedenen ärztlichen und pflegerischen Fachgebieten auf Mitarbeitende aus dem (insbesondere deutschsprachigen) EU-Raum angewiesen. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Einschätzung an.

Frage 5: Welche Risiken bestehen aus Sicht der Regierung bei einer möglichen Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder bei administrativen Hürden in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum im genannten Bereich und für den Kanton Zug insgesamt?

Die drei Institutionen befürchten bei einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder bei administrativen Hürden in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem EU-Raum, dass die Rekrutierungen, die zum Teil heute schon ein ganzes Jahr dauern, noch mehr Zeit in Anspruch nehmen. Der Regierungsrat schliesst sich dieser Einschätzung an und geht davon aus, dass die genannten Risiken grundsätzlich auch auf die übrigen Institutionen des Gesundheitswesens im Kanton Zug zutreffen.

Frage 6: Welche Auswirkungen hätte die Nicht-Aktualisierung oder ein kompletter Wegfall des MRA im Bereich der Medizinprodukte auf die Versorgungslage der Institutionen in Frage 1?

Das Mutual Recognition Agreement (MRA) zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) bezweckt den Abbau technischer Handelshemmnisse durch gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen. Weil die EU die Aktualisierung des MRA im Medizinprodukte-Sektor an Fortschritte beim institutionellen Rahmenabkommen geknüpft hat, wurde das MRA seit Mai 2021 nicht mehr aktualisiert. Als Folge davon gilt die Schweiz für Medizinprodukte als Drittland und Zertifikate von Schweizer und EU-Konformitätsbewertungsstellen werden gegenseitig nicht mehr anerkannt, obwohl die Schweizer Medizinprodukteverordnung äquivalent zu derjenigen der EU ist. Die Nicht-Aktualisierung hat einen direkten Einfluss auf die Importeure und Hersteller von Medizinprodukten: Für jedes aus der EU importierte Produkt muss eine Konformitätsbeurteilung in der Schweiz durchgeführt werden (dies gilt umgekehrt auch für jedes aus der Schweiz in die EU importierte Produkt). Dies ist mit Mehrkosten (bspw. aufgrund von Produktumstellungen) verbunden und kann auch zu Behandlungsverzögerungen (bspw. aufgrund von Lieferunterbrüchen) führen. Ist keine Substitution möglich, was vor allem bei hochspezialisierten Produkten und Nischenprodukten der Fall sein kann, hat dies Auswirkungen auf die Therapieverfügbarkeit. Dieser unbefriedigende Zustand würde mit dem kompletten Wegfall des MRA-Abkommens perpetuiert. Immerhin kann in jenen Fällen, bei denen eine Substitution möglich ist, in einer normalen Lage relativ einfach auf alternative Produkte ausgewichen werden, weshalb sich die Auswirkungen der Nicht-Aktualisierung des MRA in den Institutionen des Gesundheitswesens (wie Spitäler und Pflegeheime), aber auch in den Apotheken, Arztpraxen und Drogerien aktuell in Grenzen halten.

Antrag

Kenntnisnahme.

Zug, 7. April 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart